Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Zeilenzeile im Amtsblattbezirk 18 Pf (Familienanzeigen und Stellengesuche Vorzeilen 15), auswärts 25, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 50, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12296.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 38.

Tageblatt • enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31 und 91, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 2551. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 141. **Sonntag, den 19. Juni 1927.** **80. Jahrg.**

Amtliche Anzeigen.

Schneeberg. Offenhalten der Verkaufsstellen

für sämtliche Handels- und Gewerbebetriebe wird hiermit genehmigt, daß sie wegen des Jahrmarktes am Sonntag, den 19. Juni 1927 ihre Verkaufsstellen von vorm. 8 bis abends 7 Uhr mit Ausnahme der Zeit des Vormittagsgottesdienstes (9 bis 11 Uhr) offenhalten. Hierbei dürfen jedoch im Handelsgewerbe Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nur bis zu 8 Stunden und nicht über 6 Uhr abends hinaus beschäftigt werden.

Schneeberg, den 18. Juni 1927. **Der Stadtrat.**

Mietzinssteuer betreffend.

Erinnert wird an die sofortige Abführung der rückständigen Mietzinssteuerbeträge auf die Monate April, Mai und Juni 1927. Nach dem 26. Juni 1927 noch rückständige Beträge werden im Mahn- und Zwangsbeitreibungsverfahren eingezogen.

Schwarzenberg, den 17. Juni 1927.

Der Rat der Stadt. — Steueramt. —

Vergebung der Arbeiten über Einrichtungsgegenstände, Schränke, Tische usw. für den Neubau der 3. Bürgerschule in Schwarzenberg-Neuwelt.

Kostenanschläge hierfür können zum Preise von 1 RM im Stadthaus 1 Hauptkanzlei entnommen werden. Die Gebote sind in verschlossenem Umschlag mit entsprechender Aufschrift versehen bis spätestens Sonnabend, den 25. Juni 1927 mittags 12 Uhr in der Hauptkanzlei abzugeben. Hier erfolgt auch die öffentliche Oeffnung der Gebote zu vorstehend angegebener Zeit. Der Rat behält sich die Auswahl unter den Bewerbern und die Zurückweisung aller Gebote ausdrücklich vor.

Schwarzenberg, 16. Juni 1927. **Der Rat der Stadt.**

Das Fiasko von Genf.

Frankreich gegen jede Herabsetzung der Besatzungstruppen. Die Kontrollfrage unerledigt. Vergewaltigung Danzigs.

Berlin, 17. Juni. Wie in Genf aus englischer Quelle verlautet, hat sich das französische Kabinett im Beisein des Marschalls Foch gegen jede Herabsetzung ausgesprochen. Danach wäre auf absehbare Zeit keine Aussicht auf Einlösung der Zusage vom November 1925 mehr vorhanden.

Paris, 17. Juni. Wie der „Matin" versichert, sind in Genf keine Zusagen hinsichtlich der Rheinlandräumung gemacht worden. Das Blatt deutet an, daß auch in der Frage der deutschen Ostentfestigungen eventuell Zugeständnisse der Westmächte von den durch Stresemann in Aussicht gestellten Beschlüssen des Reichskabinetts abhängig gemacht würden.

•

Berlin, 17. Juni. Gegenüber abfälliger Beurteilung, die Ergebnisse der Völkerbundsratssitzung in Genf vielfach gefunden haben, wird an Regierungsstelle darauf hingewiesen, daß die Tagung unter dem Eindruck einer gewissen gewitterschwülen Situation einsetzte und daß es gelungen sei, angesichts des englisch-russischen Konflikts, des albanisch-jugoslawischen Konfliktes und der Beziehungen zwischen Jugoslawien und Italien die Atmosphäre doch sehr zu reinigen. Es sei nicht nur keinerlei Verschärfung, sondern eine merkbare Entspannung eingetreten. Was das angekündigte Kommunique über die Rheinlandräumung anlangt, so hat hier Briands Erkrankung allerdings ungünstig gewirkt. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob bei den Erörterungen des Eintritts Deutschlands in die Mandatskommission auch der deutsche Anspruch auf ein solches Mandat geltend gemacht worden sei. Das ist nicht geschehen, weil hier nicht der Völkerbundsrat, sondern die Vollsitzung zu entscheiden hat. Es muß nun abgewartet werden, ob ein solcher Anspruch bei der Völkerbundsversammlung im September geltend gemacht werden wird. Das Verbot der Veröffentlichung der Erklärung des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras in der litauischen Presse hat hier seltsam berührt. Es beweist, wie schwierig es ist, mit Litauen zu verhandeln und mit der litauischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen.

•

Genf, 17. Juni. Im Verlaufe der fast zweistündigen Debatte zu dem Vertagungsantrag in der Frage der Westerplatte kam es stellenweise zu einem recht lebhaften Redewechsel. So, als Chamberlain die vorbereiteten Darlegungen des Präsidenten Sahm dadurch abzuwehren versuchte, daß er bei Beginn der Erörterungen eine Unterbrechung jedes Redners ankündigte, der Ausführungen zur Materie selbst machen werde, anstatt sich auf eine Stellungnahme zu dem Vertagungsantrag zu beschränken. Durch das Eingreifen Dr. Stresemanns, der es als untunlich bezeichnete, die Anhörung von Gründen aus dem eigentlichen Beratungsgebiet abzulehnen, ohne die ja dem Rat keine Argumente für oder gegen die Vertagung vorgebracht werden können, wurde diese Schwierigkeit beigelegt. Es gelang dann auch Dr. Sahm, seine wesentlichsten Gesichtspunkte in Rahmen der zugelassenen Aussprache vorzubringen, während der polnische Minister Straßburger bei seiner Erwiderung unterbrochen wurde, die übrigens gegen eine Vertagung und für eine alsbaldige endgültige Erledigung der Frage lautete. Der Völkerbundskommissar van Hamel betonte, daß von ihm alle notwendigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit auf der Westerplatte getroffen seien, und empfahl, die von ihm am 8. April getroffene Entscheidung bis zur endgültigen Entscheidung des Völkerbundsrates weiter aufrechtzuerhalten. Hierauf stellte Dr. Stresemann den Antrag, daß die bisherige Regelung des Danziger Oberkommissars van Hamel zwar bis zur endgültigen Entscheidung des Völkerbunds bestehen bleibe, daß jedoch die Exterritorialität auf der Danziger Westerplatte von den polnischen Behörden gemeinsam mit den Danziger Behörden durchgeführt werden solle. Er betonte aber mit großem Nachdruck, daß weder die Entscheidung des Völkerbundskommissars noch die Tatsache der Munitionslagerung Polens auf der Westerplatte eine Präjudizierung für die künftige Entscheidung des Völkerbundsrates schaffen dürfe. Nach weiterer kurzer Geschäftsordnungsdebatte stellte der Präsident Chamberlain, ohne auf die Anträge Dr. Sahm und Dr. Stresemann einzugehen, fest, daß der Bericht über die Vertagung dieser Frage und die Aufrechterhaltung der bisher vom Völkerbundskommissar van Hamel getroffenen Regelung vom Völkerbundsrat angenommen sei.

Anschließend an die öffentliche Sitzung fand eine kurze Geheimsitzung des Völkerbundsrates statt, worauf um ½6 Uhr nachmittags die Tagung des Rates für geschlossen erklärt wurde.

•

Eine Erklärung der deutschen Delegation.

Genf, 17. Juni. Von seiten der deutschen Delegation wird heute nochmals nachdrücklichst allen Meldungen entgegengetreten, nach denen in Genf über eine antirussische Einheitsfront gesprochen worden wäre. Zur Herabsetzung der Besatzungstruppen und die Kontrolle der Ostschleifungen wird erklärt, daß eine endgültige Regelung noch nicht so weit erzielt worden sei, um darüber etwas Abschließendes zu sagen. Zur Diskussion dieser Frage wird sich zur rechten Zeit noch Gelegenheit in Berlin bieten. Man dürfe jedoch annehmen, daß die Frage der Ostbefestigungen endgültig gelöst werden könne. Es wird weiter mitgeteilt, daß während der Tagung eine Beratung der Besatzungsmächte vorgesehen war, die infolge der vorzeitigen Abreise Briands nicht mehr stattfinden konnte.

•

Abreise der Delegationen.

Genf, 17. Juni. Im Laufe des heutigen Abends haben bereits zahlreiche Völkerbundsdelegationen Genf verlassen. Dr. Stresemann verbleibt noch morgen zu einigen Besprechungen in Genf und reist erst am Sonntag nach Berlin ab.

•

Der Völkerbundsrat wird am 1. September in Genf wieder zusammentreten, die Völkerbundsversammlung wird zum 8. September einberufen.

•

Wie Briand sein Verhalten in Genf begründet.

Paris, 17. Juni. Briand hat erklärt, daß seine Unterredung mit dem deutschen Reichsaußenminister Dr. Stresemann zu einer völligen Einigung über alle zwischen Deutschland und Frankreich augenblicklich schwebenden akuten Fragen geführt habe. In der Frage der Kontrolle der zerstörten deutschen Ostfestungen sei der deutsche Außenminister entgegenkommend. In der Frage der Verminderung der Besatzungsarmee habe er, Briand, an dem bereits früher vertretenen Standpunkte festgehalten, daß nämlich eine Erleichterung der Besatzungslasten die logische Konsequenz sowohl der Politik von Locarno wie vor allem auch der Erfüllung der deutschen Abrüstungsverpflichtungen sei, und daß Frankreich dazu bereit sei, sobald die technischen Vorbereitungen erledigt sein werden.

•

Chamberlains Erklärung.

London, 17. Juni. Der Genfer Berichterstatter des Reuterbüros hatte mit Sir Austen Chamberlain eine Unterredung, in deren Verlauf Chamberlain u. a. sagte: Immer seit Locarno ist es mir und Dr. Stresemann möglich gewesen, miteinander offen und freimütig als Freunde zu sprechen, die möglicherweise verschiedener Meinung in besonderen Fragen sind, die einander aber rückhaltlos sagen können, was sie denken. Was ich eben über Dr. Stresemann und mich gesagt habe, das gilt, wie ich fest glaube, auch von Briand und Dr. Stresemann und allen anderen, die in Locarno zusammentrafen. Kein zum Urteil Berechtigter wird meine Ansicht bestreiten, daß seit Locarno die Freimütigkeit im Verkehr ungeheuer zugenommen hat, und keiner von uns zögert, sich dem anderen voll mitzuteilen. Chamberlain erklärte weiter, der Locarnogeist sei in Genf erheblich gestärkt worden. Seine nüchterne Erfahrung erlaube ihm, mit den erzielten Fortschritten zufrieden zu sein. Neue Verpflichtungen seien von niemand eingegangen worden, und nachdem man sich ausgesprochen habe und ein besseres Verständnis für den gegenseitigen Standpunkt erhalten habe, dürfe man überzeugt sein, auf dem Wege zur Lösung der Schwierigkeiten fortgeschritten zu sein. Es ist sehr schwierig, die öffentliche Meinung zufrieden zu stellen, denn wenn wir in Genf Vereinbarungen treffen, beschuldigen uns alle unsere Kritiker, die Interessen unserer Nation der allgemeinen Atmosphäre in Genf zum Opfer gebracht zu haben, und wenn wir mitteilen, daß keine Beschlüsse erreicht worden sind, sagen unsere Kritiker: Warum seid ihr denn überhaupt nach Genf gegangen?

• • •

Pressestimmen.

Berlin, 17. Juni. Die „Germania" meint, es wäre „unchristlich", an der Echtheit von Briands Krankheit zu zweifeln, doch gebe es wohl Staatsmänner, die nach langwierigem Training so durchdiplomatisiert seien, daß sie im richtigen Augenblick eine echte Krankheit bekämen. Das sollten sie in dem Augenblick nicht, wenn man nach der Erledigung aller anderen Punkte endlich über die Verminderung der Besatzung im Rheinland sprechen wolle.

•

London, 17. Juni. „Times" ist zu der Ueberzeugung gelangt, man sei weder mit Bezug auf die Befestigungen im Osten, noch in Bezug auf die Rheinlandfrage auch nur einen Schritt vorwärtsgekommen, und die deutsche Delegation sei wieder einmal genötigt, mit leeren Händen aus Genf zurückzukehren. Das mühevoll konstruierte Gebäude von Argumenten und Bedingungen, womit man handeln wollte, sei wieder einmal zusammengebrochen. Auch die Unterredungen über Rußland und über Albanien hätten zu nichts geführt. Man sei über allgemeine Betrachtungen nicht hinausgekommen. — „Morning Post" will aus autoritativer Quelle erfahren haben, Stresemann habe es übernommen, den Russen zu erklären, daß es, wenn auch die europäischen Mächte gewillt seien, so lange wie möglich freundliche Beziehungen zu Rußland zu unterhalten, doch eine Grenze gebe, die nicht überschritten werden könne.

•

Paris, 17. Juni. „Echo de Paris" spricht von einem plötzlichen Abbruch der Verhandlungen zwischen Stresemann und Briand. Briand hätte Stresemann wohl eine Verminderung der Rheinlandsbesatzung zugesagt, ohne daß Stresemann hierfür feste Bindungen erhalten hätte. Gestern hätte noch eine entscheidende Unterredung zwischen den beiden Außenministern über diesen Punkt stattfinden sollen. Briand dürfte durch seine Erkrankung für Wochen vom Quai d'Orsay ferngehalten werden. Das Blatt führt weiter aus, daß Briand nur infolge der Schwierigkeiten, denen er bei der Verwirklichung der Politik von Thoiry begegnet sei, das Tempo der Annäherung „verlangsamt" habe. In den Unterredungen zwischen Stresemann und Briand soll auch von der Räumung selbst die Rede gewesen sein. Die Forderung Briands nach Schaffung einer Kontroll-Kommission in der entmilitarisierten Zone hätte Stresemann aber mit der Forderung nach Ausdehnung der Kontrolle auf französisches Gebiet beantwortet. — „Petit Parisien" erklärt, daß Dr. Stresemann diesmal nicht mit leeren Händen nach Berlin zurückkehre. Als Erfolge des Reichsaußenministers bezeichnet das Blatt die als sicher anzusehende Aufnahme Deutschlands in die Mandatskommission des Völkerbundes, sowie das Uebereinkommen in der Memelfrage. Das Ergebnis der Besprechungen des Völkerbundsrates über das russische Problem faßt das Blatt dahin zusammen, daß bis auf weiteres jeder Staat seine volle Handlungsfreiheit beibehalte und Chamberlain seine antirussische Politik allein fortführe. — „Matin" erklärt, daß Frankreich als Verbündeter Polens das größte Interesse daran habe, im voraus die Haltung Deutschlands hinsichtlich des Artikels 16 des Völkerbundspaktes zu kennen, da es von der Entscheidung Deutschlands abhängen würde, ob Frankreich seinem polnischen Verbündeten militärisch beistehen könne.

SLUB
Wir führen Wissen.